

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT FÜR MEHR WIRKUNG IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

5. EICHHOLZER FACHTAGUNG ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG MIT DEM BUND KATHOLISCHER UNTERNEHMER, WESSELING, 20. UND 21. APRIL 2012.

Spätestens seit dem Jahr 2005 und der *Paris Declaration on Aid Effectiveness* stehen neben Fragen nach der Wirksamkeit von Entwicklungspolitik vor allem die zivilgesellschaftliche Einbindung und die unabhängige Kontrolle des Staates im Mittelpunkt der internationalen Diskussion. Doch wie lässt sich das Engagement verschiedenster nichtstaatlicher Akteure in Entwicklungsländern bündeln? Welches sind geeignete Anreize für eine aktive Zivilgesellschaft in den Partnerländern, die nicht in finanzielle und politische Abhängigkeiten und damit in erneute Sackgassen der Entwicklung führen? Welche Kooperationen zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Entwicklungszusammenarbeit führen zu mehr Effizienz und Kohärenz der Geber?

Um diese Fragen zu diskutieren, luden die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) unter dem Motto „Zivilgesellschaftliches Engagement für mehr Wirkung in der Entwicklungszusammenarbeit“ Experten aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Kirche zur fünften gemeinsamen Fachtagung in das Bildungszentrum Schloss Eichholz ein.

Ziel war, den normativen Komponenten des Konzepts der Zivilgesellschaft Rechnung zu tragen, ohne aber den analytischen Blick auf die politischen Realitäten und soziokulturellen Kontextbedingungen in den jeweiligen Partnerländern zu verlieren.

ZIVILGESELLSCHAFT: EIN NORMATIVES KONZEPT?

Zivilgesellschaft wird grundsätzlich als ein vorstaatlicher Bereich verstanden, angesiedelt zwischen der Politik, der Wirtschaft und der Privatsphäre der Bürger. Zivilgesellschaftliche Gruppen und Netzwerke organisieren sich auf freiwilliger Basis, streben keine politischen Ämter an und sind nicht primär gewinnorientiert. Ihre Initiativen sind auf den öffentlichen Raum und das



*„Die Eigenständigkeit der kleinen Nichtregierungsorganisationen ist zu stärken.“
Sibylle Pfeiffer MdB,
Entwicklungspolitische Sprecherin
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion.*

Allgemeinwohl ausgerichtet. Sie lehnen Gewalt ab und bekennen sich zu demokratischen Prinzipien und Menschenrechten. Eine funktionierende, lebendige Zivilgesellschaft gilt als Bedingung für eine starke Partizipation der Bevölkerung an politischen und gesellschaftlichen Prozessen. Aus der Perspektive der politischen Ideengeschichte sind wesentliche zivilgesellschaftliche Funktionen der Schutz individueller Rechte gegenüber ungerechtfertigten staatlichen Eingriffen (John Locke), die Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft (Charles Montesquieu), die Sozialisierung hin zu Tugenden wie Toleranz und Kompromissbereitschaft (Alexis de Tocqueville) und die öffentliche Meinungsbildung (Jürgen Habermas) – soweit das normative Konzept in westlich geprägten Diskursen.

In internationalen politischen Debatten dient der Begriff oft als Schlagwort, in der Überzeugung, dass zivilgesellschaftliche Akteure grundsätzlich in Opposition zu autoritären und totalitären Systemen stünden. Angesichts der Schwäche politischer Institutionen in manchen Entwicklungs- und Transformationsländern könne sich die Zivilgesellschaft zur tragenden Säule von jungen Demokratien entwickeln, so die Hoffnung vieler politischer Akteure.



Begrüßten für den BKU
und die KAS:
Marie-Luise Dött MdB und
Dr. Franz Schoser.

Soziale Gruppierungen müssten jedoch als „Chance und Risiko“ zugleich begriffen werden, sagte Franz Schoser, Schatzmeister der KAS, in seiner Begrüßungsansprache. Wichtig sei der kritische Blick auf die tatsächlichen Interessen der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen. Schoser warf daher Fragen zum Begriff und Konzept der Zivilgesellschaft auf, die von vielen Rednern nachfolgend aufgegriffen wurden. Dies verdeutlichte, wie schwer der Begriff der Zivilgesellschaft zu definieren ist und dass er sich nur bedingt als Analysekategorie für den Verlauf von Demokratisierungsprozessen eignet. Dass die Stärkung der Zivilgesellschaft dennoch ein zentrales Element von Entwicklungs- und Demokratisierungsprozessen ist, wurde immer wieder betont. Vor allem solche Initiativen, die „von unten“ her Prozesse wie *Good Governance* und mehr Rechtsstaatlichkeit in ihren Ländern anstießen, müssten unterstützt werden, sagte Schoser.

Auch Marie-Luise Dött MdB, Bundesvorsitzende des BKU, griff den Aspekt der *Bottom-up-Entwicklung* in ihrer Begrüßungsrede auf. Statt „betreuter Entwicklung“ müssten die Eigenverantwortung und die Förderung privatwirtschaftlicher Akteure in den Entwicklungsländern intensiviert werden. Dafür sei allerdings eine starke und plurale Bürgergesellschaft vor Ort notwendig, die wichtige Impulse allen voran über die nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit erhalten könne. Dött äußerte Skepsis gegenüber verstärkter staatlicher Budgethilfe wie beispielsweise vom US-amerikanischen Ökonom Jeffrey Sachs gefordert: Die Rechnung „mehr Geld gleich weniger Armut“ ginge so einfach nicht auf. Hier habe zwar ein Umdenken bei der jetzigen Bundesregierung eingesetzt, aber die Politik müsse diesen Weg der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure noch mutiger und beherzter weitergehen, so die Bundesvorsitzende des BKU.

WIRKSAMKEIT ALS MASSSTAB DER EZ

Nach den Begrüßungsreden eröffnete Sibylle Pfeiffer MdB, Entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Fachtagung. Themenschwerpunkte ihrer Rede waren die Wirksamkeit und die Koordinierung der Maßnahmen in der EZ: zwei Prinzipien, die spätestens seit der *Paris Declaration on Aid Effectiveness* (2005) international wichtiger geworden sind.

Pfeiffer stellte zunächst fest, dass eine junge Zivilgesellschaft in jungen Demokratien viel Zeit und Raum zum Wachsen brauche und in dieser Phase nicht als Erstes die Frage nach der Wirksamkeit von Nichtregierungsorganisationen (NROs) gestellt werden dürfe. Zudem werde die Frage nach der Wirksamkeit zum Teil überbewertet, z.B. im Fall von lokalen Initiativen, die sich für den Schutz einer indigenen Bevölkerungsgruppe oder einer anderen unterdrückten Minderheit einsetzten. Diese Initiativen seien der richtige Schritt in Richtung mündige Bürgergesellschaft, ließen sich aber schwer evaluieren.

Pfeiffer forderte hingegen eine stärkere Kontrolle der Zielsetzung und Mittelverwendung von NROs in relativ freiheitlichen Ländern, um so Missbrauch und eigennützige finanzielle Interessenverfolgung durch lokale Akteure zu verhindern.

Wirksamkeit sei auch das zentrale Thema der EZ beim Blick auf die deutsche Zivilgesellschaft, wobei große Unterschiede in den Strukturen, Zielen und Arbeitsweisen der Organisationen auszumachen seien, so Pfeiffer. Auch hier ergäben sich immer wieder Mess- und Evaluierungsprobleme. Die breite Basis der in der EZ engagierten deutschen Zivilgesell-



Diskutierten über Zivilgesellschaft als Motor für Armutsbekämpfung und Good Governance (v.l.n.r.): Professor Frank Bliss, Dr. Wolfgang Maier (Moderator), Dr. Claudia Warning, Jürgen Klimke MdB und Dr. Paul Armbruster.

schaft sei vor allem über die persönlichen Kontakte zu lokalen Akteuren in den Entwicklungsländern wirkungsvoll und nachhaltig. Allerdings sei die Messung der Wirkung dieser kleinen NROs und der zahlreichen Graswurzelorganisationen schwer möglich. „Die Eigenständigkeit derer ist anzuerkennen, ja sogar zu stärken“, sagte Pfeiffer. Koordinierung gehöre zwar auch hier dazu – zumindest in der Theorie. Die praktische Umsetzung gestalte sich jedoch schwierig und eine Einmischung von außen sei nicht immer gerechtfertigt. Stattdessen sollten sich die Koordinierungsbemühungen auf internationale Absprachen und größere Projekte für einzelne Länder beschränken, so Pfeiffer.

MOTORFUNKTION FÜR GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Die Auftaktrunde der Tagung stand unter dem Motto „Zivilgesellschaft als Motor für Armutsbekämpfung und Good Governance“, das von den Rednern kritisch hinterfragt wurde. Prof. Dr. Frank Bliss, Ethnologe von der Universität Hamburg, warf die Frage auf, welche Teile der Zivilgesellschaften in den Partnerländern Motorfunktion haben und welche eher nicht.

Gründer von lokalen NROs seien zumeist junge, gebildete Männer aus der städtischen Mittel- und Oberschicht, die oftmals ihre Eigeninteressen voranstellten. Große gesellschaftliche Gruppen wie Frauen, Bauern, Einkommensschwache und auch soziale Minderheiten, die nicht oder nur schlecht organisiert sind, fänden hingegen kaum Gehör bei internationalen Organisationen, kritisierte Bliss. Auch andere demokratisch organisierte Gruppen wie bspw. Gewerkschaften würden von der Weltbank häufig übersehen. Die Zivilgesellschaft aber könne nur dann als potenzieller Motor für Armutsbekämpfung und eine gute Regierungsführung fungieren, wenn sie nicht alleine auf Bera-

tungstätigkeiten, die Erbringung von Dienstleistungen und die Umsetzung wohlfahrtsstaatlicher Politiken als Partner ihrer Regierungen reduziert werde. Stattdessen sei es auch ihre Aufgabe, die Einhaltung der nationalen Entwicklungspläne durch die Politiker zu kontrollieren, Interessen zu bündeln und als „Anwälte“ für gute Regierungsführung zu agieren. Als zentrale Kriterien für die Förderungswürdigkeit von NROs nannte Bliss Entwicklungsorientierung, Legitimität – also die Art der Entscheidungsstrukturen und Transparenz – und Repräsentativität. Effektivität sei eher als langfristiges Ziel für die Arbeit von NROs zu betrachten. Zudem sei es wichtig, die Berufsverbände vermehrt zu unterstützen und Gruppen, die gegen Diskriminierung kämpfen, institutionell zu stärken.

Nachfolgend sprachen zu dem Thema Dr. Claudia Warning, Vorstandsmitglied des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), Jürgen Klimke MdB, Obmann der Union im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages, und Dr. Paul Armbruster, Abteilungsleiter des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes. Dr. Wolfgang Maier von der KAS moderierte das Panel. Claudia Warning gab Einblicke in die Perspektiven und Probleme der zivilgesellschaftlichen Partner des EED. Diese fänden sich oftmals wegen fehlender personeller und finanzieller Ressourcen in einer „Beteiligungsfalle“ wieder. Bei der ständigen Einbindung in Konsultationsprozesse fehle diesen Organisationen Zeit und Raum für eine strategische Ausrichtung und die konkrete Zielformulierung.

Jürgen Klimke und Paul Armbruster argumentierten aus dem Blickwinkel der deutschen Zivilgesellschaft als Motor für Armutsbekämpfung und *Good Governance*. Dabei ging Klimke auf die neue Servicestelle des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und



Entwicklung (BMZ) *Engagement Global* zur Koordinierung des deutschen bürgerschaftlichen Engagements ein und forderte eine bessere Abstimmung von staatlicher und nichtstaatlicher EZ. Armbruster betonte, dass auch viele private Stiftungen Engagement zeigten. Die Genossenschaften seien in den Entwicklungsländern von nicht geringer Bedeutung, da diese wirtschaftlich stark genug seien, um politischen Gegendruck zu den Eliten zu erzeugen. Aus dem Publikum kam der Einwurf, dass es notwendig sei, die politischen Rahmenbedingungen zu beachten und zu fördern, unter denen sich zivilgesellschaftliche Akteure frei entfalten können. Auch kulturelle Aspekte wie Wertemuster oder tradierte Rechtsauffassungen seien wichtig. Einig waren sich die Teilnehmer des Plenums darin, dass Entwicklung und Demokratisierung langwierige Prozesse sind, die von den Beteiligten einen langen Atem erfordern und nicht von außen übergestülpt werden können.

MEHR BUDGETHILFE VERSUS MEHR PROJEKTARBEIT

Das Kaminesgespräch wurde von Michael Dirx, Geschäftsführer der Schmitz-Stiftungen, moderiert, und widmete sich der „Zivilgesellschaft als Impulsgeber für gemeinwohlorientierte Entwicklung“. Es diskutierten Gabriela Büsselmaker, Leiterin von „Engagement Global“, Natascha Gückel, Vorsitzende des Missionsrates der Christoffel-Blindenmission (CBM) in Deutschland, Prälat Dr. Klaus Krämer, Präsident von „missio“ in Aachen und Volkmar Klein MdB, Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Nordrhein-Westfalen. Natascha Gückel sprach über das Anliegen der CBM: die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die bereits 2008 in Kraft trat und bisher von 110 Staaten ratifiziert worden ist, darunter auch von vielen Entwick-

lungsländern. Es sei aber zentral, nicht auf Mitleid zu pochen, sondern die gleichen Rechte und gleichen Chancen für Behinderte einzufordern.

Prälat Klaus Krämer von „missio“ sprach über die Ausbildung von Priestern, Ordensfrauen und engagierten Laien in ihren Partnerländern als wichtige Stütze der Zivilgesellschaft und Multiplikatoren für Engagement und Wertevermittlung. Wichtig bei der Förderung von Initiativen sei ihnen, dass die Impulse und Anfragen von den Partnern selbst kämen. Gabriela Büsselmaker stellte die im Januar 2012 neu gegründete BMZ-Servicestelle „Engagement Global“ vor, die den Auftrag hat, die deutschen Bürger in Sachen Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit zu informieren, zu beraten und ihre Initiativen zu fördern. Büsselmaker betonte, dass sich das Angebot an Engagierte aller Altersklassen – von Kindergartenkindern bis Senioren – richte. Unter einer bundeseinheitlichen Telefonnummer werden somit die verschiedenen Einrichtungen und Förderprogramme der deutschen Entwicklungspolitik gebündelt und ein Engagement der Bürger erleichtert, sagte Büsselmaker.

Volkmar Klein führte die Begriffsdiskussion von seinen Vorrednern weiter und plädierte für den Begriff der „Bürgergesellschaft“. EZ hinge vor allem von Partnerschaften zwischen den einzelnen Menschen vor Ort, also von den Bürgern, ab, sagte Klein. Zudem sei es wichtig, zuerst den Bedarf der Partner zu klären, bevor Angebote für Projekte gemacht werden. Es gebe aber Grenzen der EZ in Form von völkerrechtlichen Verträgen, die vorsehen, dass bilaterale Hilfe nur über den Staat abzuwickeln sei. Dies mache es für die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) schwierig, nichtstaatliche lokale Partner in die finanzielle und technische Hilfe mit einzubeziehen.

Bild links:

Kamingespräch über Zivilgesellschaft als Impulsgeber für gemeinwohlorientierte Entwicklung (v.l.n.r.): Prälat Dr. Klaus Krämer, Gabriela Büsse-maker, Michael Dirx (Moderator), Natascha Gückel, Volkmar Klein MdB.

Bild rechts:

Beim Panel über Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Gespräch (v.l.n.r.): Christian Osterhaus, Dr. Kerstin Maria Humberg, Niclaus Bergmann (Moderator), Sabine Trommershäuser, Dr. Michael Rabbow.



Im Austausch mit den Plenumsgästen kam es zu einer lebhaften Diskussion über die Vor- und Nachteile der Fusion von den Organisationen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) und dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) zur GIZ. Das Hauptziel der Zusammenlegung sei eine größere gemeinsame Effizienz, geschlossenes Auftreten und weniger Irritation in den Partnerländern, so Klein. Aus dem Publikum kamen Hinweise, dass kleine finanzielle Hilfen und Dienstleistungen mit den größeren Strukturen kaum noch möglich seien. Dr. Friedrich Kitschelt, Abteilungsleiter im BMZ, betonte aber, dass die Diskussion um „mehr Budgethilfe versus mehr Projektförderung“ eine andere sei, als die Diskussion um „mehr Koordinierung versus mehr Spezialisierung“ der Maßnahmen. Diese würden zu Unrecht gleichgesetzt. Mit Blick auf Deutschland betonte Klein, dass die Pluralität der Gesellschaft sich auch in der Pluralität der entwicklungspolitischen Projekte und Programme widerspiegeln müsse. Dennoch sei beim Einsatz von Steuergeldern immer auch an die Effizienz der Maßnahmen zu denken. Vertrauen sei im Umgang mit Geld und Partnern zentral, so Klein. Einig war man sich bei der Herausforderung, die Korruptionsbekämpfung und Transparenz auf allen Ebenen einzufordern, aber dies auf Augenhöhe und ohne dabei in einen Befehlston abzurutschen, wie Prälat Klaus Krämer sagte.

WIRTSCHAFT UND ZIVILGESELLSCHAFT

Den zweiten Tag der Fachtagung leitete Dr. Michael Rabbow, Manager bei Boehringer Ingelheim, mit einem Vortrag über die Wirtschaft als Teil der Lösung von Entwicklungsfragen und unternehmerische Ansätze in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ein. „Die Zukunft sind Systemlösungen und keine Insellösungen mehr, wie wir sie bisher hatten“, sagte Rabbow. Zentrale Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft in Entwicklungsländern seien die hohen Transport- und Energiekosten, Sicherheitsbedenken, die dominante Rolle des Staates, HIV und andere chronische Krankheiten sowie der Personalmangel. Rabbow sprach sich zudem für soziales Unternehmertum, die Stärkung des Mittelstandes in den Partnerländern und mehr Engagement in der Berufsbildung aus. Es gebe nach wie vor ein Spannungsverhältnis zwischen der Zivilgesellschaft als *Watchdog* und der Wirtschaft, sagte Sabine Trommershäuser von der GIZ. Dennoch fänden sich zahlreiche Kooperationen, die das frühere Misstrauen und den Konfrontationskurs zunehmend ablösten. Christian Osterhaus, Geschäftsführer von Don Bosco Mondo und Jugend Dritte Welt, griff den Aspekt des Personalmangels auf, der sowohl die Wirtschaft in den Partnerländern als auch deutsche Unternehmen treffe. Kooperationen zwischen Organisationen wie Don Bosco, welche sich um die Grundbildung und Reintegration von verwaisten Jugendlichen kümmern, und Unternehmen wie Porsche, die für ihre Produktionen in Entwicklungsländern qualifiziertes Fachpersonal benötigen und vor Ort ausbilden, beschrieb Osterhaus als *Win-win-Situationen*. Mut für innovative Allianzen und Projekte sei hierbei gefragt.

Dr. Kerstin Maria Humberg von McKinsey & Company Hamburg beleuchtete das Thema *Social Business*. In ihrer Doktorarbeit an der Universität zu Köln hat



*Sind zivilgesellschaftliche Partner immer besser?
Auf dem Podium (v.l.n.r.):
Ulrich Post, Dr. Friedrich
Kitschelt, Professor Udo
Steffens, Christoph Waf-
fenschmidt, Martin Wilde
(Moderator).*

Humberg sich mit Formen des Sozialen Unternehmertums zur Armutsbekämpfung nach dem bewährten Ansatz von Muhammad Yunus beschäftigt. Dabei handelt es sich um Geschäftsmodelle, die sich nach dem Prinzip *no loss, no dividend* selbst tragen können. Investoren verzichten auf Dividenden und Profite werden reinvestiert. Humberg hat die *Start-up-Phase* von Unternehmen wie *Grameen Danone Foods* und *Grameenphone* in Bangladesch begleitet und kommt zum Fazit, dass die Ansprüche an das Geschäftsmodell für die ersten drei Jahre zu hoch seien. Dennoch seien die Effekte auf die armen Bevölkerungsschichten, z.B. auf Frauen, die nahrhafte Joghurts in ihrer Nachbarschaft vertreiben, positiv und nicht zu unterschätzen. Das Ziel sei es, dass die Armen von passiven Hilfsempfängern zu aktiven Marktteilnehmer werden. Als potenzielle Risiken und unerwartete Nebeneffekte dieser Art von Social Business nannte Humberg die Zerstörung lokaler Marktstrukturen, mangelhafte Transparenz, Hungerlöhne für die Beschäftigten oder auch das Risiko der *mission drift*. Die Grameen Bank sei dennoch ein guter Ansatz der direkten Armutsbekämpfung auf der Basis kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe, so Humberg. Aus dem Publikum kam der Hinweis, dass in Entwicklungsländern häufig ein zu geringer Schutz für kleine und mittelständische Unternehmen vorhanden sei. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der KAS merkte an, dass der ordnungspolitische Dialog in und mit Entwicklungsländern häufig zu kurz käme. Christian Osterhaus fügte hinzu, dass wirtschaftliche Innovationen nur Impulse für ordnungspolitische Maßnahmen setzen könnten. Diese müssten aber dann im nächsten Schritt von der Politik aufgenommen werden. Initiativen von Unternehmen wie beispielsweise höhere Löhne und fairere Arbeitsbedingungen könnten so von unten eine Übertragung in die jeweilige nationale Gesetzgebung anstoßen.

KOOPERATION VON NICHTSTAATLICHER UND STAATLICHER EZ

Martin Wilde, Geschäftsführer des BKU, moderierte das abschließende Panel zum Thema „Professionalität, Partizipation, Breitenwirksamkeit: Sind zivilgesellschaftliche Partner immer besser?“. Zunächst sprach Ulrich Post, Vorsitzender von VENRO, dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen. Mit Blick auf das BMZ und die GIZ sei es sein Ziel, der Verstaatlichung der EZ entgegenzuwirken. Dabei sei es wichtig, die Vorzüge der zivilgesellschaftlichen Initiativen herauszustellen, ohne den Staat aus der Mitverantwortung zu entlassen. Dr. Friedrich Kitschelt vom BMZ ergänzte Posts Vortrag um die Bemerkung, dass das BMZ die Einbindung der Zivilgesellschaft schon lange als Bauprinzip von Entwicklung begriffen habe. Die Legitimität der zivilgesellschaftlichen Mitwirkung an Entwicklungspolitik dürfe aber die Legitimität der staatlichen EZ nicht konterkarieren, so Kitschelt. Post und Kitschelt waren sich einig in der Frage nach den Vorteilen von NROs gegenüber staatlicher EZ. So verfügten diese über hohes Ansehen und Glaubwürdigkeit bei den Partnern. Sie verfolgten keine außenpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen, sondern verstünden sich als Teil der globalen Zivilgesellschaft, so Post. Zudem seien die lokalen Partner eher am Gemeinwohl orientiert als viele staatliche Behörden in den Entwicklungsländern. NROs hätten ein enormes Skandalisierungspotenzial und könnten sowohl Empörung als auch Begeisterung wecken. Schließlich sei der geringere Personal- und Verwaltungsaufwand zu nennen. In seinem Fazit sagte Post in Anlehnung an den Soziologen Ulrich Beck: „Wir sind aus dem Zeitalter des ‚Oder‘ in das Zeitalter des ‚Und‘ gekommen.“ Die deutsche nichtstaatliche EZ arbeite mittlerweile komplementär zur staatlichen und nicht mehr konfronta-

Frank Spengler hielt das
Schlusswort für die
Konrad-Adenauer-Stiftung.



tiv. „Wir NROs sind nicht immer die besseren Partner, aber manchmal“, so Post. Die NROs in den Entwicklungsländern könnten aber auch nicht dauerhaft Leistungen ersetzen, für die eigentlich Staat und Wirtschaft zuständig seien, wie etwa die Trinkwasserversorgung, das Finanzwesen oder die Sicherheit. Prof. Dr. Udo Steffens, Präsident der Frankfurt School of Finance & Management, gab den Hinweis, dass es legitim sei, wenn aus erfolgreichen NROs und Beratungsorganisationen in den Entwicklungsländern professionelle Unternehmen werden. Mit Blick auf die deutschen privatwirtschaftlichen Unternehmen vor Ort stelle er fest, dass diese zumeist nur lose mit der Zivilgesellschaft verbunden seien und dadurch kein großes Hebelpotenzial entfalten könnten. Eine wirkungsvolle und nachhaltige Unterstützung dieser Prozesse aus Deutschland, so der Konsens der Experten in Eichholz, sei nur möglich, wenn alle an einem Strang zögen: staatliche und nichtstaatliche EZ und auch die Privatwirtschaft.

DIE ZUKUNFT DER EZ

Christoph Waffenschmidt, Vorsitzender von World Vision Deutschland, nannte einen weiteren Vorteil nichtstaatlicher EZ: die starke Bedarfsorientierung der NROs an den Bedürfnissen der Menschen in den Partnerländern. Es müsse zudem gelingen, die EZ als ein Gewinnerthema in der Öffentlichkeit zu verankern, sagte Waffenschmidt. Friedrich Kitschelt vom BMZ sprach von einem wachsenden Legitimitätsdruck, unter dem die Entwicklungspolitik stünde. Das BMZ begreife Modelle wie *Aid on delivery*, also Hilfe im Nachhinein gegen Leistungserbringung der Partnerregierung, als wichtige Herausforderung.

Aus dem Publikum kam der Hinweis, dass die NROs strategischer vorgehen müssten, um sich als soziale

Bewegungen etablieren zu können. Auch bei der Kommunikationsfähigkeit der nichtstaatlichen Akteure gebe es noch Verbesserungsbedarf, ergänzte Ulrich Post.

Abschließend dankte Frank Spengler von der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit der KAS allen Organisatoren und den Teilnehmern für die angeregten Diskussionen. Die Eichholzer Fachtagung habe sich als Forum der christlich-demokratischen Idee bewährt. Prof. Dr. Pinger, Leiter des Arbeitskreises Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit des BKU, betonte in seiner Schlussrede, dass *Good Governance* nicht allein durch externe Akteure etabliert werden könne, „weder durch Bestechung, noch durch Beschimpfung und auch nicht durch Beratung“. Damit die Menschen von innen heraus den Wandel ihrer politischen Systeme hin zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einfordern könnten, seien ein wachsender Mittelstand, höhere Einkommen, Vereinsgründungen und zivilgesellschaftliche Initiativen nötig. Allen entwicklungspolitischen Rückschlägen zum Trotz, die sowohl von der Geberseite als auch von den südlichen Partnern der EZ zu beklagen sind, brachte Dr. Michael Rabbow ein afrikanisches Sprichwort ein: „Der beste Zeitpunkt, einen Baum zu pflanzen, war vor zwanzig Jahren. Der zweitbeste ist heute.“

WICHTIGE BEOBSACHTUNGEN UND THESEN DER TAGUNG:

1. Das Ausmaß und der Einfluss der Zivilgesellschaft sind in der Entwicklungspolitik stark gestiegen. Sie kontrolliert Regierungen, fordert Rechenschaftspflicht und Transparenz und bündelt und repräsentiert Interessen von Bevölkerungsgruppen. Sie berät auch und führt selbst Projekte als Dienstleister durch, auch wenn der Staat oder der Markt versagt. Sie sollte jedoch nicht dauerhaft einspringen, wo Staat und Wirtschaft zuständig sind. In der Praxis sind Kooperationsverträge mit Organisationen des Nordens oft der Hauptfokus. Auch ist Zivilgesellschaft kein Ersatz für eine Beteiligung durch die nationalen Parlamente.

2. In vielen Staaten sinkt der Handlungsspielraum für Zivilgesellschaft. Ihre Unterwanderung durch die Regierung oder restriktive Gesetzgebung erschweren Partizipation. Von Regierungen gesteuerte *Quangos* gefährden die Legitimität von Zivilgesellschaft. Sie darf sich deshalb nicht von Machtstrukturen vereinnahmen lassen. Eine unabhängige, kritische und lebendige Zivilgesellschaft steht oft den Machtinteressen der Regierung entgegen. In anderen Regionen (Lateinamerika) ergeben sich aber durch Dezentralisierung neue politische Spielräume und neue Beteiligungschancen.

3. Die Zivilgesellschaft befindet sich oft in einem Spannungsfeld zwischen politischer Unabhängigkeit und Abhängigkeit von Dienstleistungsaufträgen. Als *Single Issue*-Organisationen sind sie in ihrer Argumentation manchmal einseitig. Die Frage, für wen genau sie sprechen und wer außen vor bleibt, ist wichtig. Oft sind NROs in Partnerländern von männlichen Akademikern von der Mittel- und Oberschicht dominiert und das Wirkungsfeld geht kaum über die Hauptstadt hinaus. Nicht alle legitimen Vertreter haben die Ressourcen, in die vielfältigen Konsultationsprozesse bi- und multilateraler Geber mit eingebunden zu werden. Wenn doch, so droht oft wegen Überlastung eine „Beteiligungsfalle“. Berufsverbände (u.a. Bauern) und andere oft benachteiligte Gruppen wie Frauen, Arme und Minderheiten sollten stärker mit einbezogen werden.

4. Die politischen Rahmenbedingungen für eine aktive Zivilgesellschaft, wie Menschenrechte, Partizipation und gemeinwohlorientiertes Regierungshandeln, sind oft nicht gegeben. *Bad Governance* ist eher der Normalfall und das Kernproblem. Zivilgesellschaft als Gegenmacht zu fördern, ist gerade in Diktaturen sehr mühsam und langwierig. Eine junge Zivilgesellschaft braucht Zeit und Raum zum Wachsen. Deshalb sollte man nicht sofort nach Wirksamkeit und Effizienz fragen. Da Beteiligung ein hoher Wert an sich ist, ist die Messbarkeit von Erfolg eher ein langfristiges Ziel.

5. Oft sind privatwirtschaftliche Unternehmen in Partnerländern zu wenig mit der Zivilgesellschaft verbunden. So geht viel Hebelpotenzial verloren. Wenn Entwicklung von Innen gelingen soll, ist ein *Empowerment* von Unternehmertum notwendig, der Mittelstand muss ebenso gefördert werden wie Vereinsgründungen und Initiativen. Oft haben Beispiele aus Unternehmen (höhere Löhne, fairere Arbeitsbedingungen) Schule gemacht und von unten eine Übertragung in nationale Gesetzgebung bewirkt.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin

Text

Ariane Missuweit

Redaktion

Joshua Breuer,
Sebastian Barnett Fuchs

Fotos

Marie-Lisa Noltenius

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-96-0

www.kas.de